

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Postamtstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verantwortlicher Redakteur: Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. März nicht höher als 50 Pfennig, für außerhalb Wohnende 70 Pfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Pfennig, im Realantheil 30 Pfennig, einsch. Umhänge, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Anschlag für 30 Pfennig. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingegeben.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes. Halle.

Nr. 13.

Dienstag, den 31. Januar 1928.

31. Jahrg.

## Das Zentrum.

Zweifellos hat sich die innenpolitische Situation in einer Weise entwickelt, die sich dem Zentrum als ungunstig, wie einer solchen Reichsregierung, rechnen muß. Der Kampf um das Reichsgesetz, bei dem sich ein sehr starker Gegensatz der Ansichten hinsichtlich der Simultanförmigkeit geltend machte, wird ja vielleicht in den kommenden Wochen durch weitere Verhandlungen insofern beendet werden können, als sich ein Weg finden wird, der die so weit auseinandergehenden Anschauungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei doch auf einer mittleren Basis einigt. Aber wesentlicher ist es, daß sich bereits seit mehreren Wochen in der Zentrumspartei ein wachsender Widerstand geltend macht gegen die Regierungskoalition mit rechts. Arbeitervertreter dieser Partei, vor allem die Reichstagsabgeordneten Zinbowski und Dr. Ziegler, haben sich in scharfer Form gegen die allgemeine Politik geäußert, die von der Zentrumspartei seit Jahresfrist verfolgt wird, und es erregt großes Aufsehen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, der Abgeordnete von Güterbad, bei der Entscheidung sich scharf gegen rechts wandte, andererseits aber der Linken gegenüber überaus milde ansetzte. Es kam damals dazu, daß der Reichstagsführer Dr. Marx, der ja auch Vorsitzender der Zentrumspartei ist, sich ziemlich heftig darüber äußerte, er werde mit Anträgen überfallen, die aus dem Munde eigener Fraktionskollegen stammen. Seine persönlichen Auseinandersetzungen mit Dr. Ziegler sind in einer Form beigelegt worden, die allen maßlichen Konventionen Raum ließ; man konnte daraus schließen, daß mehr Gewicht darauf gelegt wurde, nur äußerlich die Dinge aus der Welt zu schaffen, als auf einer wirklichen Einigung zu kommen.

Die gleichen Kommentare werden sich an die Sitzung des Reichsparteitagesses in Berlin anknüpfen, die die von der Mehrheit beherrschte, weit inneren Zustimmungen zur Sprache zu bringen und darüber, was möglich, zu einer Art Einigung zu kommen. Es wird behauptet, daß in dieser Sitzung der nach links liegende Gewerkschaftsfraktion seine Siege errungen habe. Dr. Marx hat eine Darstellung seiner politischen Linie gegeben, die dahin abzielt, nachzuweisen, daß die Befürchtungen der linksgerichteten Elemente des Zentrums grundlos seien, das jetzt an der Regierung befindliche Kabinett habe vielmehr eine ganze Reihe sozialpolitischer Errungenschaften durchgeführt. Es wird allerdings bestritten, daß Dr. Marx mit dieser Rechtfertigung seiner Politik Erfolg gehabt habe. Es gärt im reichlichweisschäftlichen Bereich, im Frühjahr sieht man dort vielleicht das heftigste Wirtschaftskampfen und dabei gehen die christlichen Gewerkschaften zusammen mit den Sozialdemokraten. Gerade dort ist ein wesentlicher Teil der Zentrumsanhängerschaft und die Partei muß nicht zum Zentrum als die dort sehr stark verbreitete Meinung gegen die Koalition mit der Rechten. Dabei ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Zustimmungen, die zuletzt in der Frage des Schulgesetzes zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zusammen mit dem zum Anlaß benutzt werden, die Koalition zu sprengen. Damit wäre die Reichstagsauflösung gegeben und der Wahlkampf. Nicht, daß dies heute oder morgen geschehen wird, weil nach Übereinstimmung aller Parteien zum mindesten der Reichstag noch erledigt werden soll; aber die Verhandlungen werden doch wohl recht behalten, von einer Reichstagsauflösung im Mai oder Juni zu sprechen. Gerade weil das Zentrum Mittelpunkt und Hauptträger der jetzigen Regierungskoalition ist, greifen die Auseinandersetzungen in der Partei über den Namen der eigenen Partei hinaus und werden von wesentlicher Bedeutung für das Schicksal der jetzigen Regierung sein.

## Deutscher Reichstag.

(370. Sitzung.)

OB. Berlin, 28. Januar.

Präsident Lübe kam bei Eröffnung der Sitzung auf die Angelegenheit zurück, die sich am Schluß der vorhergehenden Sitzung ereignete. Der Präsident stellte fest, daß die Rede des Abg. Frid große Verwirrung gegen die parlamentarische Ordnung enthalten habe, die den Vizepräsidenten Graf zu weiteren Maßnahmen veranlassen hätte, wenn ihr genauer Wortlaut zu verstehen gewesen wäre. (Lachen links.) Graf hätte sofort mitgeteilt, daß er nach Einschätzung in das Stenogramm das weitere veranlassen werde. Im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten Graf, so fuhr Präsident Lübe fort, werde hiermit der Abg. Dr. Frid wegen der Beschimpfungen, die er gegen die getrennten Minister Gerber und Karbenau nach dem ersten Ordnungsruf noch fortgesetzt habe, und für die Missführungen am Schluß seiner Rede, die den heutigen Sitzungs- und die Reuifall Deutschland in großem

beschimpfenden Ausdrücken herabgesetzt, zur Ordnung gerufen. Die weiteren Maßnahmen, die zweifellos eifern einem Ordnungsruf gefolgt wären, wenn eine sofortige Rüge möglich gewesen wäre, können heute nicht mehr angeordnet werden.

Präsident Lübe rief weiter den Abg. Sobisch (Komm.) zur Ordnung wegen der Drohungen, die er gegen den Vizepräsidenten Graf ausgesprochen habe. Es sei im Reichstage immer möglich gewesen, gegen eventuelle Reklamationen Einspruch zu erheben. Der Präsident stellte fest, daß die kommunistischen Abgeordneten Berg und Klein gegen ihren Ausschluß Einspruch erhoben hätten.

Das Haus setzte dann die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministers fort. Abg. Schöler (Einfluss.) nannte den Vizepräsidenten Graf einen der dümmsten und brutalsten Präsidenten, die der Reichstag je gehabt habe. (Der Redner erhielt einen Ordnungsruf.) Abg. Schöler legte seine Angriffe gegen den Vizepräsidenten Graf fort und erhielt im Verlauf seiner Ausführungen weitere drei Ordnungsrufe.

Abg. Erdmann (Zent.) äußerte Befremden und Mißfallen darüber, daß die Gemeinheiten des Abg. Dr. Frid nicht sofort entschieden zurückgewiesen worden seien. Der Redner richtete an den Reichsjustizminister die Frage, was er zu tun gedenke, damit der durch den Staatsgerichtshof festgestellte Einspruch des Reichsjustizministers alsbald durchgeführt werde.

Abg. Wieden (Zent.) wandte sich gegen die Schändungen, die dem Handwerker und dem Gewerbe durch die Gesandnisarbeit zugefügt werden.

Reichsjustizminister Berg erklärte, daß er für die Frage des Verwaltungsvertrags der Reichsbahn nicht zuständig sei. Der Gesetzentwurf zur Wahrung der Reichsbahnlinie läge im Reichstag. Die Aufwandsrechnung des Reichsgerichts habe zwar noch nicht, erforderlich Klarheit in ihren Bestimmungen gefunden. Es gehe aber noch kein Antrag zu geschweigen. Die Frage der Gefangenarbeit werde Reichsregierung und Reichstag noch beschäftigen. Reichsjustizminister Berg erklärte, daß der Handwerksführer längerer Redezeit schloß die Aussprache. Die Abstimmungen finden am Montag statt.

Die Abstimmungen finden am Montag statt. Der Entwurf zur Wahrung der Reichsbahnlinie wurde ohne Aussprache angenommen. Beim Reichstag wurde ohne Aussprache und des Reichsparteitagesses erklärte Abg. Simon-Schwaben (Zent.), die Zahlung der Subventionen und die Arbeitslosenfrage. Die Vorbedingung dafür, eine stärkere Kontrolle über die Reichsleistungen auszuüben. Der Redner forderte, daß besonders in der letzten Frage bezüglich einer Klärung herbeigeführt werde. Auch dieser Entschluß wurde erledigt.

Das Haus vertagte sich auf Montag.

## Kontakverträge und Rheinlanddrängung.

Strefemann-Rede im Reichstag.

Berlin, 30. Januar.

Zweimal erhob Dr. Strefemann seine Stimme, als er heute vor dem Reichstag über die deutsche Außenpolitik sprach. Zum erstenmal bei der Erläuterung der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen, wo er sich gegen eine Entschleunigung des baltischen Handelsbündnisses wandte, in der es hieß, die Landwirte würden den Wunsch eines Vertrages mit Polen nicht äußern. So könne man nicht verlangen, wenn die Verwirklichung von guten Handelsbeziehungen zu Polen liegt im allgemeinen Interesse Deutschlands. Die andere Gelegenheit bot dem Minister die Forderung der endlichen Rheinlanddrängung, bei der er die entscheidenden Worte gegen das französische Jögern in dieser Beziehung und die dabei reichlich verwendete Scheitel mit angeblichen Sicherheitsbedenken fand. Weil ihm nun ein Teil des Hauses über die Botschaftsfrage, so ging eine fast ununterbrochene Reihe der Zustimmung durch alle Reihen von rechts nach links bei dem Vorstoß für die Weigerung der deutschen Gebiete. Der Minister, der anfangs etwas bläulich, wahrnehmbar infolge der eben überstandenen Krankheit, anscheinend getrieben war, verließ es mit fröhlicher Farbe der Energie beim Schluß, nachdem er nach dem Reichstag zu diesem Tage sagte. Nach dem Sozialdemokraten kam der Reichstagsminister Freiherr von Freytag-Loringhoven zu Wort, der zwar schärfere Töne der Kritik anschlug, aber sich mit den Worten seines Vorredners in Bezug auf die Befragung einverstanden erklärte. Und dann die lange Reihe der vorgeordneten Diskussionsredner, die wohl noch einen oder zwei Tage brauchen wird, um sich Ende zu gelangen.

## Sitzungsbericht.

(371. Sitzung.)

OB. Berlin, 30. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung des Haushaltskomitees für das auswärtige Amt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung des Haushaltskomitees für das auswärtige Amt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung des Haushaltskomitees für das auswärtige Amt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung des Haushaltskomitees für das auswärtige Amt.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann behandelte sodann die aktuellen außenpolitischen Fragen. Die Hauptfrage sei gegenwärtig die Denkschrift, die die Reichsregierung dem jetzt in Prag tagenden Sicherheitskomitee des Völkerbundes vorgelegt hat. Auf Grund der im September vom Völkerbund gefassten Entschlüsse müsse man erwarten, daß es auf der Märztagung der Völkerbundkommission gelinge, die technischen Vorbereitungen zum Abschluss zu bringen, um damit die

Einberufung der ersten Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Deutschland habe in Genf seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu erkennen gegeben. Die Denkschrift der Reichsregierung erörtere den Beweis, daß es ihr mit dieser Zustimmung erst recht, immer wieder aber nicht ohne weiteres, daß sein Staat mehr oder auch nur ebenbürtig zur Lösung der Sicherheitsfrage beitragen habe wie Deutschland. Der Minister wies darauf hin, daß Deutschland ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats und Vertragspartner der Völkerbundkommission sei.

reine Garantie für die Beilegung des Krieges könne nur dadurch geschaffen werden, daß für alle Differenzen ein Verfahren wirksamen Ausweises gefunden werde. Um dieses Verfahren zu ermöglichen, müsse man sich auf die Kosten anderer Staaten gründen. Weiter bezieht sich der Minister

die deutsch-litauischen Beziehungen und hebt hervor, daß die Beziehungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten Wodonas eine weitgehende Übereinstimmung ergeben hätten. Auch in der Remeisfrage wurde Einverständnis erzielt. Bezüglich der

Beziehungen zwischen Deutschland und Polen erklärte Dr. Strefemann, die Nervosität und das Mißtrauen der Verhandlungen seien nicht gerechtfertigt. Deutschland habe alles getan, um die Spannungen zwischen Deutschland und Polen zu beseitigen. Die bei den Handelsvertragsverhandlungen bereits getroffenen Vereinbarungen hätten die einmütige Billigung des Kabinetts.

Mit erhabener Stimme sagt dann Dr. Strefemann, er müsse es zurückerweisen, wenn vom baltischen Landbund verlangt werde, daß die Bemühungen gegen den Schluß der Handelsverträge nicht ausbleiben. Es sei außerordentlich bedauerlich, wenn der Landbund nicht eine Entschleunigung sage, er werde es nicht dulden, daß überhaupt ein Handelsvertrag mit Polen zustande komme. Ein Handelsvertrag sei nicht ein Geschenk, das ein Staat dem anderen gibt. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Allgemeinheit haben ein starkes Interesse daran, den polnischen Markt nicht durch einen unzureichenden Zollkrieg zu verlieren. Das gleiche Interesse besteht auch bei den deutschen Gebieten, die durch die Reichsregierung bei den Verhandlungen mit Polen durchaus positiv eingestellt war.

Dem Reichsaussenministerium seien die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Es sei zu begrüßen, daß die Vereinigten Staaten damit ihr aktives Interesse an dem Gebiete der Friedenssicherung gezeigt haben. Der Minister kam dann auf die

Außenhandelspolitik des Reiches zu sprechen. Die Außenhandelspolitik habe eine für Deutschland befriedigende Entwicklung genommen. Von besonderer Bedeutung sei der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich, mit Japan und mit Jugoslawien. Der mit Frankreich abgeschlossene Vertrag sei der erste, den Deutschland überhaupt jemals mit Frankreich abgeschlossen hat. Es sei zu begrüßen, daß durch diesen Abschluß ein wichtiges Gebiet der deutsch-französischen Auseinandersetzungen beseitigt worden ist. Dr. Strefemann führt weiter aus, daß jetzt an die

Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zum Osten herausgearbeitet werden muß. Es ist dabei die Aufgabe der Reichsregierung, die landwirtschaftlichen Interessen besonders zu berücksichtigen. Der Redner geht ein auf die abgeschlossenen Verträge ein und beruht besonders bei den Beziehungen zu Jugoslawien. Die Verhandlungen werden in Kürze wieder aufgenommen, und man hofft, alle bisher vorhandenen Klüden und Mängel ausfüllen zu können. Je mehr die wirtschaftlichen Gegensätze und Spannungen beseitigt werden, desto mehr wird unsere Friedenspolitik erfolgreich sein. Wir werden diese Politik auch weiterhin verfolgen und uns aktiv beteiligen und den Arbeiten, die der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet in Angriff genommen hat. Zum Schluß seiner



hert. Ein Teil der Bauern ist bereits vertrieben, ein anderer wird es morgen sein. Daher erhebt er Reichslandbund folgende Forderungen:

**Beilegung aller Streitigkeiten, die das Landvolk den anderen Berufsgruppen voraus zu tragen hat.**  
Umständung des landwirtschaftlichen Kredits auf tragbare Zinssätze.  
Schaffung auskömmlicher Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Verhinderung aller Einfuhr, deren das deutsche Volk im geringsten zum Schaden beugt.  
Schaffung der Möglichkeit, Säure zu kaufen, die die Landwirtschaft einnimmt. Umgestaltung des gesamten Sozialrechts in einer Weise, die der Landarbeit wieder Wert gibt.  
Der Bauer wendet sich an den deutschen Bauern mit folgenden Forderungen: Er soll nichts, was ihm bereits unterzahlt worden. Nicht seinen Pflanzneue Säuerten auf. Sauerzählung aus der Substanz nehmen wir ab."

### Verständigung zwischen Deutschland und Italien.

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.  
Die deutsch-italienischen Verhandlungen sind nach mehrwöchigen Beratungen in Berlin nunmehr zum Abschluss gekommen. Aber ihr Ergebnis wurde eine amtliche Verlautbarung ausgegeben, in der mitgeteilt wird, daß ein Abkommen in der Hauptsache abgeschlossen ist, welches die Beziehungen von Deutschland und Italien bereits unterzeichnet worden ist. Durch den Vertrag werden nach dem beiderseitigen Willen alle Streitigkeiten zwischen dem Reich und Italien, die durch die Abgrenzung der italienischen Gebiete und verschiedene Punkte grundständig gelöst werden können. Endlich haben die beiden Minister und Herr Wolbromasch sich demüßigt, die Schwierigkeiten auszuräumen, die zwischen den beiden Regierungen durch eine Reihe des Wemelgebietes bestehen. Die beiden Minister haben sich hierbei über die tatsächliche Behandlung von Meinungsverschiedenheiten verständigt, die etwa in Zukunft in Angelegenheiten dieser Art entstehen könnten. Auch in Sachen der noch im Meeresgebiet bestehenden Spannungen ist eine befriedigende Regelung getroffen worden.

Schließlich hat die Frage der Niederlassung, des Aufenthalts und der Ausweisung der biederseitigen Staatsangehörigen eine vorläufige befriedigende Lösung gefunden.  
**Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.**  
Die Ergebnisse.  
Die Neuwahlen zum Landtag in Mecklenburg-Strelitz verliefen am Sonntag unter starker Beteiligung. Gegen die letzte Wahl liegt die Zahl derjenigen, die zur Wahlurne kamen, um 15 Prozent, von 65 auf 80 Prozent. Ein heftiger Wahlkampf unter den vielen Parteien und Gruppen war vorangegangen.  
Die Resultate ergeben, daß die Deutschnationalen ihren Besitzstand ungeschwächt behauptet haben. Sie verloren allerdings ein Mandat. Die andere große Partei, die Sozialdemokraten, gewannen über 4000 Stimmen und ein Mandat. Die Zentrumspartei verlor rund 600 Stimmen und ein Mandat. In ein Mandat fiel an die bisher im Landtag nicht vertretenen Gruppen Vereinigte Erbpächter, Händler und Häusler und Arbeiterpartei und Volkspartei. Der Bund der Kleinrentner verlor sein bisheriges Mandat und ging von 1765 Stimmen auf 665 zurück. Die übrigen Parteien verloren ihren Besitzstand. Mehrere Wahlkreise trugen nicht so viel Stimmen auf, um sich ein Mandat zu sichern.

## Des Herzens Not

Roman von Fr. Lehne.

3. Fortsetzung Nachdruck verboten.  
Gemächlich lagen die drei dann bei Tisch. Gerda plauderte in einem fort und oft mit gutem Appetit.  
"Wohel, was kommt du essen, das sieht man dir eigentlich nicht an — bist ja zum Umfallen!"  
"Verdau es nur, Mami. Du guickst wohl, ich habe keine Kräfte? Bitte — du wirst staunen!"  
Lächelnd blinzelte die Eltern auf ihr Kind, das so jugendfrisch und schön vor ihnen lag. Sie glück ganz der Mutter, die auch heute noch, mit ihren fünfzig Jahren, eine schöne Frau zu nennen wäre, wenn nicht ein fladernder Blick der dunklen Augen und ein nervöses Zucken im Gesicht dies etwas dehnträchtig machte.  
Sie war in ihrer Jugend Hofdame am 3. Hofe gewesen. Schonmann hatte sich damals gewundert, als sie ihm etwas davon erzählte, aber ihr reicher Baron von Freeden, den sie auf einer Reise kennen gelernt, die Hand gereicht hatte. Die elegante Modedame als Vandalin — unbenutzt! An wie man richtig geht — sie konnte sich nicht einleihen und war meistens auf Reisen. Aber nie wieder war sie in 3 zu sehen gewesen, trotz der dringenden Einladungen ihrer Freunde und Bekannten. Es war, als ob sie immer im Anzuge sei nicht zur Ruhe kommen ließ, sie in die Welt hinaustrieb.  
Soahim Freeden, der kein schönes Weib abgibtlich liebte, war darüber sehr traurig, aber zu schwach, ihr das vorzutragen, wonach sie verlangte. Damit hätte er wohl, daß er dann auch noch das letzte hübsche Jungeweib verlieren würde, das sie ihm nach der Geburt Gerdas gelassen hatte. Die blieb das einzige Kind, nachdem ein vor ihr geborener Knabe im zartensten Alter einer tödlichen Diph-

Die vorläufige Zählung ergab folgende Ziffern: Sozialdemokratische Partei 19 264 (vorher 15 306 Stimmen), 13 (vorher 12) Mandate; Verband der Bau- und Grundbesitzervereine 1555 (1500); Demokratische Partei 3564 (4172), 3 (3); Verband für Handwerk und Gewerbe 5172 (4615), 4 (4); Deutschnationale Volkspartei 10 606 (10 415), 8 (10); Aufklärungs- u. Volkspartei 1886 (—), 1 (—); Deutsche Volkspartei 1825 (2031), 1 (1); Vereinigte Erbpächter, Händler und Häusler 1414 (—), 1 (—); Deutschnationale Freiheitsbewegung 1960 (2294), 1 (1); Bund der Kleinrentner 685 (1765), 1 (1); Dorf- und 559 (—), 0 (—); Deutsche Demokratische Partei 2962 (3058), 2 (2); Deutsche Reformpartei 128 (—), 0 (—).  
Die Frage der Regierungsbildung bleibt wegen der verschiedenen Listenverbindungen schwierig.

### Entschlepfung des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Eine Rede des Reichstanzlers Dr. Marx.  
Im Reichsparteiausschuss des Zentrums hielt Reichstanzler Dr. Marx als Parteivorsitzender eine Rede, in der er zu allen gegenwärtig im Vordergrund liegenden Fragen der äußeren und inneren Politik Stellung nahm und ein Bild der Minderheit des Zentrums an der Reichstagswahl des Reichstages entwarf. Er betonte, daß die deutsche Außenpolitik auf dem Locarno beschränkten Wege fortgesetzt werden müsse und daß das Zentrum sich zur Deutschen Republik liehe, wie sie in der Weimarer Verfassung festgelegt sei. Nach der Aussprache, die sich an die Rede des Parteivorsitzenden angeschlossen, wurde einstimmig eine Entschlepfung angenommen, in der erklärt wird, daß die Deutsche Zentrumspartei ihrem inneren Wesen nach eine gesellschaftliche und soziale Volkspartei sein könne. Für sie seien soziale und politische Erneuerung stets aufs engste miteinander verbunden gewesen; und sie habe auch in der Deutschen Republik die aus den gewaltigen Umwälzungen sich ergebenden Aufgaben entschlossen aufgefunden und in den verschiedenen den Koalitionen fortwährend zu lösen sich bemüht.  
Im weiteren wird in der Entschlepfung dargelegt, daß durch Sparame Finanzwirtschaft und durch beschleunigte Verwaltungsreform namentlich für den Mittelstand in Handarbeit, Handel und Gewerbe sowie für die Landwirtschaft eine Entlastung von den drückenden Steuern und Abgaben herbeigeführt werden müsse. Von der Fraktion des Reichstages erwartete man, daß sie sich mit aller Kraft für die baldige Verabschiedung der Reichsfinanzgesetzgebung einsetzen werde. Die Entschlepfung schließt mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die verdienstvolle Arbeit der Gesamtpartei, der Parteiführer und der Fraktionen.

### Hundertfache Warenverpfändung.

Ein Staatsanwalt als Referenz.  
Das Berliner Allgemeine Lombard- und Lagerhaus hat weit über 1000 Gläubiger, die ihre Einlagen zum allergrößten Teil verloren haben dürften. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei hat der Inhaber Bergmann dort gutgläubigen Geldgebern insgesamt mehr als 6 Millionen Mark bekommen. Er konnte die Zinsen (48 Prozent im Jahr) deshalb pünktlich entrichten, weil ihm von Tag zu Tag neue Geldgeber zufrömten. Zu seinen Referenzen gehörte u. a. der Berliner Staatsanwalt Dr. Jacoby. Dieser Mann ist sofort von seinem Amt suspendiert worden. Es war leider nicht bekannt, daß Bergmann schon einmal im Gefängnis gewesen hat und eine höchst zweifelhafte Persönlichkeit ist.  
In manchen Fällen hat er seine Waren hundertmal verpfändet!  
Durch seine Betrügerische wurde Bergmann im Laufe der Zeit ein reicher Mann, so daß er sich zwei Villen, eine in Friedrichshöhe bei Berlin und eine in Garmisch-Partenkirchen, kaufte und selbstverständlich auch ein Automobil besaß. Sein monatlicher Privatverbrauch betrug im Durchschnitt rund 20 000 Mark. Es besteht der dringende Verdacht, daß Bergmann große Geldsummen ins Ausland geschafft hat.  
Bergmanns Verschwendung 48 % im Jahre zu zahlen, steht nicht allein. Immer wieder finden sich in großen und in kleinen Städten Umfindlungen von Geschäftslenten, daß sie sogar 60 und mehr als 120 Prozent Zinsen auf jedes einbezahlte Kapital bezahlen wollen. Kritischen

Geldgebern sagen diese Leute, daß sie ein umfangreiches Warenangebot betreiben, aus Konsummassen zu lächerlichen Preisen kaufen und am Verkauf regelmäßig 50 bis 100 Prozent verdienen können. Bankrottieren unterdessen sie deshalb nicht, weil die Banken reichlich darauf wären, daß sie ihren Kunden viel höhere Zinsen bezahlten, als die Banken es können.

Es ist richtig, daß die sogenannten Konsumhähnen in manchen Fällen verdienen können. In jedem Falle bleibt es doch aber fraglich, ob ein solches Geschäft auf die Dauer weiter betrieben werden kann. Der Fall Bergmann lehrt.

daß auch Referenzen trügerisch sein können und Geschäftsbedingungen betragender Unternehmen nicht immer zu trauen ist. Wenn die Banken nur 6 bis 8 Prozent Zinsen geben können, so ist doch eine Verzinsung mit 60 Prozent immer fragwürdig. Wenn die Staatsanwaltschaft erst eingreifen muß, ist es zu spät. Daher muß allgemein vor den Kiefernzinsen, die manche Unternehmer bezahlen wollen, entschieden gewarnt werden.

### Arbeiterentlassungen im Saarbergbau.

Die Vertreter der Saargrubenorganisationen waren zu Besprechungen auf der Bergwerksdirektion in Saarbrücken eingeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß trotz aller Bemühungen bessere Arbeitsmöglichkeiten nicht gefunden worden seien. Es bliebe nichts anderes übrig, als die Freizeitschichten beizubehalten oder Entlassungen vorzunehmen. Man habe sich dahin entschieden, Ende Februar weitere 4000 Mann der Belegschaften zu entlassen. Die Vertreter der Organisationen wurden aufgefordert, zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen. Eine Einigung kam nicht zustande. Es sollen in nächster Zeit weitere Verhandlungen stattfinden.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Dr. Stresemann Ehren doktor der Universität Heidelberg.  
Die Staatswissenschaftliche Kommission der Philosophischen und Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg hat Reichsminister Dr. Gustav Stresemann Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften verliehen. In der von dem Vorsitzenden der Staatswissenschaftlichen Kommission, Professor Jurekows, unterzeichneten Urkunde heißt es, daß die Verleihung der Würde des Ehren doktors an den Reichsaussenminister erfolgte, weil er, hohverdientlich um die Befestigung von Staat und Wirtschaft, durchdrungen von deutschnationalem Geist und Leben und Freiheit, mutig und trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten als Vorkämpfer einer Politik der gegenseitigen Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker sich eingesetzt und weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus Achtung und Ansehen errungen hat.  
Noch deutsche Gefangene in Rußland.

Zum Staatsrat des Auswärtigen Amtes haben alle Parteien des Reichstages mit Ausnahme der kommunistischen und Linken eine Entschlepfung eingebracht, daß die Reichsregierung ersucht, auf Grund der Pressemeldung, daß der im Kriege als vermißt erklärte 23jährige Stapel aus Gellow bei Potsdam nach elf Jahren aus der russischen Gefangenschaft in seine Heimat zurückgekehrt sei und die Mitteilung gemacht haben soll, daß sich in Rußland (Sibirien) noch etwa 150 000 deutsche, darunter zahlreiche Offiziere, befinden, denen es unmöglich wäre, in die Heimat zurückzukehren, da ihnen kein Pflanzgeld zur Verfügung käme, umgehend eingehende Nachforschungen zu veranlassen und wenn die Angaben des Stapel fest bestätigen, den noch in Sibirien weilenden deutschen Kriegsgefangenen die sofortige Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.  
**Aus In- und Ausland.**

Berlin. Das Deutsch-polnische Komitee, das Abgeordnete des Reichstages und des Preussischen Landtags von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei zu seinen Mitgliedern zählt, erhebt Einspruch gegen die Erklärung des Schlesischen Landtages, er werde einen Handelsvertrag mit Polen nicht dulden.

"Dann hat sie eben falsch gemeint, Mama! — Hellmut ist ein ganz gefährlicher Courtineer, auf dessen schöne Worte ich gar nichts gebe — „tace care“ muß man in Hinblick auf ihn sagen! — Webrigens wollte er im Sommer Urlaub nehmen und uns hier mit seiner Anwesenheit beglücken!"  
"W, wirklich! Denkst du, daß er kommen wird?"  
"Sicher, du hastest ihn ja auch selbst eingeladen, liebe Mama! Er wird schon nicht verfehlen, zu erscheinen! Da sollte ich ihn nicht kennen! — Vorläufig aber lache ich dir gleich, falls Tante schreiben sollte: ich bin ihrem ganzen Vorbehaltens immer sehr diplomatisch ausweichend — zu ihrer größten Verwirrung! — so oft sie auch von Hellmut anfangt, wie er mich verzieht usw. — ich war aber ganz Unschuld vom Lande."  
"Was föhntest du gegen ihn haben? Er schien dir doch ganz sympathisch?"  
"Gewiß, ich habe nichts gegen ihn, im Gegenteil, er gefällt mir gut, besser als alle die anderen — die Uniform steht ihm ganz vorzüglich, ein schneidiger Reiter, aber bis hierher — sie machte eine Bewegung nach dem Halle — bis hierher in Gedanken, mochte er nicht weiter. Gerda von Freeden will sie bezahlen oder so ähnlich! Gerda von Freeden bedankt sich aber vorläufig dafür!"  
"Das junge Mädchen hatte eine ungemein feisende Art zu sprechen und zu erzählen; aber alles, was sie sagte, wie sie urteilte, hatte einen spöttischen Unterton — sie machte sich über alles lustig; vor nichts hatte sie Mitleid."  
"Bravo, Mädel, bravo!" rief ihr Vater, "dazu ist unfer lauter verdientes Geld zu haben, um solchen Leidsfium zu unterstützen —"  
"Baba, ich sagte, vorläufig" — vielleicht, vielleicht —, Hellmut ist ein hübscher Junge — und ich es nicht ehrenwert, jemand zu helfen? Denk, er Kälde oder, wie ihr hier sagt, Kathrin Buchwald! Und eine seltsame Mischung von dem meistältesten Katharina! Etwas boshaft sagte sie das.  
(Fortsetzung folgt.)

**Lokales und Provinzielles.**

**Annaburg.** Der Tiroler Bauernball des M.-L.-V. v. 1881, der einen schönen harmonischen Verlauf nahm, erfreute sich, wie nicht anders zu erwarten war, großen Zuspruchs aller Kreise der Einwohnererschaft. Die Mächtigkeiten des Goldenen Ring erwiesen sich für diesen Abend als viel zu klein, sobald unter Gästen und Musikanten der Wunsch aufstauete, im nächsten Jahre diese prächtige Veranstaltung an 2 Abenden stattfinden zu lassen. Besondere Dank für die gute Durchführung des Abends gebührt vor allem dem jetzigen Vorsitzenden des Vereins und Frauenturnwart, Hernald, aber die Anwesenden begrüßte, ebenso den Herrn Malemeister Hempel und Maler Weisner in bezug auf Saaldekoration. Den Turnern und Turnerinnen, dem Festauschuss und allen Helfern an dieser Stelle ebenfalls Dank.

**Annaburg.** Wie uns die Zeitung des „Neuen Städte- und Landtheaters“ mitteilt, findet die nächste Vorstellung am Sonntag, den 5. Februar statt. Zur Aufführung kommt die satirische Operette von Gilbert „Die feurige Susanne“, welche an allen Bühnen des In- und Auslandes mit großem Erfolge gegeben wurde; für Annaburg aber Neuheit ist und hier auch seine Anziehungskraft auf das theaterliebende Publikum nicht verkennen dürfte.

**Leben.** Letzten Donnerstag fand hier ein Familienabend der Gemeinde statt. Am Abend, der Informationen vorhalten zu einem frühen Lebensabend nahmen des Ganzen. Der Dorfpfarrer ging auf den Ton, auf den der Abend gerichtet sein sollte, feierlich ein: Er erzählte von Auswanderungsfällen und der geheimen Macht der Heimat und des Glaubens, unvermutet bricht sie hervor in Menschen, die meinen, innerlich von diesen Grundpielen längst abgekommen zu sein. Der alte Farmer in Texas geht es, das Tränenrot in der Heimat schmeckt besser als das Weißbrot hier in der Fremde und die Waisenkinder von 1922/23 aus Magdeburg-Sachsen im fernen Colorado müssen ungewollt erkennen, Heimat und Glaube sind allerdings keine Mächte mit denen man Geschäfte machen kann, aber lebendige Kräfte, die unserm Leben Auftrieb und Kern geben. Unter den Redegewandten sahen wir uns um. Sie zwingen zu großer Hochachtung. Zweimal und dreimal haben sie in ihrer Geschichte schon die Heimat aufgeben müssen, aber sie haben sie sich doch erhalten in einem höheren Sinn: in ihrer Sprache, in ihrem evangelischen Glauben. — Der Film, die Tage die nach Karl Schönbörger, „Glaube und Heimat“ bringt erfrühendes Leben. Die Veranstaltung folgte, ermahnt den Eltern und die beauftragten der nachfolgenden Erziehung mit dem Trübsal: Ein feste Burg ist unser Gott.

**Torgau, 30. Januar.** Vom Tode überführt. Am Sonnabend 5. Uhr früh in der Schulgenossenschaft ein Mann plötzlich zu Boden. Sofort herbeigerufene Sanitätsmannschaften brachten ihn in das nächste Haus, doch konnte ein zufällig anwesender Arzt nur noch den Tod des Mannes feststellen, der wahrscheinlich an plötzlicher Herzlähmung verstorben ist. Der Tote ist noch nicht endgültig identifiziert.

**Holzversteigerung**

der Oberförsterei Thiergarten in Annaburg (Bez. Halle) am Dienstag, den 7. Februar 1928, von 10 Uhr ab im Gasthof „Unter den Linden“ in Holzdorf.

**Försterei Brandis I.** Jagen 161 b, Kiefer: 255,97 fm Langholz und Abhännte in kleinen Stößen. 201 rm Stochholz, Jagen 167 b, Kiefer: 116 rm Kloben, 76 rm Reis I, 35 rm Reis IV, 3 E, 36 rm Stochholz, Jagen 176 a, Kiefer: 346 rm Kloben, 97 rm Reis I, 72 rm Stochholz.

**Försterei Brandis II.** Sammeltrieb, Jagen 158 a, 181 c, 182 b, 183 b, Eiche: 4,05 fm Langholz, Birke: 6,99 fm Langholz, Kiefer: 29,14 fm Langholz und Abhännte, 169 rm Kloben, 49 fm Knüttel.

Veränderungen vorbehalten. Zahlungen werden im Termin angenommen.

**Oberförsterei Thiergarten.**

Auf die Besonntmachung im „Holzmarkt“ Berlin, betr. Holzversteigerung der Oberförsterei Thiergarten im Wege des schriftlichen Gebotes am 10. Februar 1928 wird aufmerksam gemacht.

**Versteigerung.**

Im Auftrage der Gemeindebehörde als Vollstreckungsbehörde werden am 3. Februar d. Js., 15 Uhr, im „Gold. Ring“ folg. gepfändete Gegenstände, als: 1 Spiegel, 1 altes Sofa, 1 Regulator, 1 Chaiselongue, ein Parminium und 2 Vorhänge öffentlich meistbietend gegen gleich bare Bezahlung versteigert werden.

Annaburg, den 30. Januar 1928.  
Der Vollziehungsbeamte. Sentsel.

**Bieh- und Inventar-Auktion**

in **Bothau.**  
Freitag den 3. Februar, v. mittags 12 Uhr ab soll wegen Wirtschaftsaufgabe das dem **Paul Müller** dafelbst gehörige Inventar öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden:  
1 Pferd, 2 Kühe (tragend), 5 Schweine (darunter 1 Sau), 1 Hfer- und 1 Aufschwager, 1 Häfel-, 1 Reinigungs-Maschine, 1 Drehschneidmaschine m. Göpel, mehrere Pflüge, Eggen, Kultivator, 1 Dezimalwaage, 1 Wollens-Zähler, die vorhand. Stroh-, Kartoffel- und Rüben-vorräte, sowie noch viele andere zur Landwirtschaft gehörige Gegenstände.  
J. A.: **Max Meyerstein.**

doch handelt es sich vermutlich um den Schneider F. Wehner aus Oberaußenhain.

**Wittenberg. (Wittenberg).** Ein Naturereignis brachte am Donnerstag dem Gutsbesitzer Fritz Händel hier schweren Schaden. Gegen 9 Uhr wurde durch einen plötzlich auftretenden Wirbelwind das Dach des etwa 50 Meter langen Seitengebäudes vollständig getrimmt. Richtig hoch wurden Holzteile in die Luft gehoben. Durch die zusammenstürzenden Balken und Mauerreste wurde der Boden durchschlägt und die in den unteren Räumen befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen zum Teil vernichtet. Der Unglücksfall ist um so empfindlicher, da die Landwirtschaft ohnehin sich in einer schwierigen Lage befindet.

— Wegen des Vollstrauertages ist der Regimentstag des Landwehr-Infanterie-Regiments 153 vom 4. auf den 11. März 1928 verlegt. Er findet in Magdeburg in Friedrichs Festhallen statt. Kameraden, deren Anschritt dem Festauskunft vorliegt, werden herzlich eingeladen. Nähere Auskunft erteilt Fritz Rogge, Magdeburg, Liebigstr. 12.

**Bezirksturntag des Turnbezirks Falkenberg im Elbe-Esser-Gau der D.-Z.**

Am Sonntag, dem 29. Januar hielt der Turnbezirk Falkenberg seinen diesjährigen Bezirksturntag im „Goldenen Anker“ zu Falkenberg. Die Tagung, an der Vertretungen von 18 Vereinen der D.-Z. teilnahmen, war von edelstem Turngeist getragen und zeigte einen recht erfreulichen Fortschritt auf den verschiedenen Gebieten des deutschen Turnens im Bezirk, der sich über den Weiten des Kreises Ziehmerns und die angrenzenden Teile des Kreises Schweinitz und Torgau ausdehnt. Bezirksvertreter Fuhrmann-Gölla eröffnete die Tagung. Er midete dem am 2. Januar verstorbenen Dozentwart der D.-Z., Max Schwarz, einen herzlichen Nachruf und leit die Besinnung im Sinne Max Schwarzes zu arbeiten zum Wohle der D.-Z., zum Wohle des deutschen Volkes und unseres deutschen Vaterlandes. Die Versammlung brachte dem verstorbenen großen Manne in der D.-Z. die letzte Ehre durch ein stilles Gebeten und Erheben von den Plätzen. Sodann eröffnete der Bezirksvertreter den offiziellen Teil des Turntages und ließ die Turnerschaft des Bezirkes, ganz besonders den Gauvertreter des Elbe-Esser-Gaues, herzlich willkommen. Gauvertreter Stolze-Koschitzki übernahm den Bezirk die Größe der Leitung und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Im Laufe der Tagesordnung wurden die Verwaltungs-, Turn- und Spielberichte erteilt. Die Berichte des Bezirksoberturnwartes Schumann-Falkenberg, des Bezirksfrauenturnwartes Hernald-Annaburg, sowie des Bezirkspielwartes Danke-Amsella ließen erkennen, daß man mit der turnerischen Arbeit im Bezirk im vergangenen Jahre ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Die Turngemeinschaft Falkenberg meldet allein 109 neue Mitglieder beim Gau an. Neu gegründet

wurden 1927: der Turnverein Budau bei Hertzberg und die Frauenabteilungen in Annaburg, Falkenberg und Jessen. Im Mittelpunkt aller turnerischen Veranstaltungen stand das 22. Gau-turnfest in Bad Ziehmerns, an dem sich der Bezirk mit circa 450 Tu. und T. beteiligte. Mit Stiefeln auf das 14. Deutsche Turnfest in Köln (21. bis 29. Juli) wurde in diesem Jahre von der Abhaltung eines Bezirksturnfestes abgesehen. Den Schluß der Tagung bildete eine Schlußfeier-Musikabend über die Abhaltung nach Köln und eine eingehende Aussprache über die Vorbereitungen zum 14. Deutschen Turnfest in Köln, an dem sich der Turnbezirk Falkenberg nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen mit 347 Mitgliefern beteiligen wird. Erst am späten Nachmittag schieden die Turner voneinander, mit dem Gelächris nicht zu teilen, damit uns Köln in den Julitagen gerührt einziehen sieht. „Köln soll die Herzen zwingen, teilzunehmen das alle Band, Einigkeit sollt Du uns bringen, Turnfest an des Rheines Strand“.

○ Um den schönen Musikanten. Ein Berliner Kriegsinvaliden vermachte seiner Stieftochter und deren Freundin, daß er dertingens von ihnen 50 Pfennige für ein Kinobillet geben würde, die die h i b s c h e r e i u r r a g e n würde. Die Wahl fiel auf die Freundin; darüber wurde die 14jährige Stieftochter ziemlich böse. Nun erlich sie der aufgelegte Mann mit einem B e i l. Dann trant er sich einen Raufch an und hette sich der Polizei.

**Berliner Produktentafel.**

Getreide und Obst pro 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.		30. 1.		28. 1.	
Weiz. mdt.	80. 1. 28. 1.	Weizst. f. Str.	15,2	15,2	
potomisch	230-233	Hoßf. f. Str.	15,2	15,2	
rogg. mdt.	233-236	Wegst.	348-350	348-350	
potomisch	233-236	Getraide			
weißbr.	230-270	Witt-Grben	48-55	60-56	
braungr.	230-270	ll Speiseer	32-35	32-35	
Futtererf.	202-213	Futtererf.	21-22	21-22	
Galz. mdt.	202-213	Getraide	20-21	20-21	
potomisch	202-213	Ackerböden	20-21	20-21	
weißbr.	202-213	Witten	21-24	21-24	
Getraide	14,0-14,1	Witt. blau	14,0-14,1	14,0-14,1	
rogg. mdt.	14,0-14,1	Witt. gelbe	15,5-16,1	15,5-16,1	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Carabella	21,0-25,0	21,0-25,0	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Kartoffeln	13,9-20,1	13,9-20,1	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Getraide	22,0-22,0	22,0-22,0	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Witt. mdt.	12,6-12,8	12,4-12,7	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Sova-Schrot	21,4-21,8	22,0-22,3	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Forim-1/2	24,1-24,6	24,0-24,4	
Witt. mdt.	15,5-16,1	Kartoffeln	24,1-24,6	24,0-24,4	

**Markt-Kalender.**

1. Februar: Schweinemarkt in Bretzin und Schönevalde.
3. Februar: Schweinemarkt in Holzdorf.
4. Februar: Schweinemarkt in Schwertzig.

**Mittwoch empfehle:**

**Grüne Heringe,**

**Donnerstag:**

**frische Seefische**

(Goldbarsch und Kabeljau).

**J. G. Fritzsche.**

**Handwagen**

in laubterer, dauerhafter Ausführung in allen Größen. Ersatzteile und Räder stets vorräthig.

Golde Preise!

**Zentrifugen :: Butter-Maschinen**  
**Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.**  
**Reparatur-Werkstatt.**

**Wilhelm Grahl.**

**Der Deutsche Rundfunk**

Größte Funkzeitung mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Bezahlteil. Nur 50 Pf. jede Woche, Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung. Programmen zu Renos vom Verlag Berlin N 24

Moderne

**Briefpapiere**

in Kassetten und Packungen in weiß und farbig neu eingetroffen

**Hermann Steinbeiß,**  
Papier-Handlung

**Die feurige Susanne**

Operette in 3 Akten von Gilbert  
gelangt am Sonntag den 5. Februar im Goldenen Ring zur Aufführung.

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

**Arh.-Gesang-Verein „Concordia“.**

Am Sonnabend, den 4. Februar in sämtlichen Räumen des „Bürgergarten“

◆ Großer ◆

**Mastenball**

Prämierung der 5 schönsten und originalsten Masten. Eintritt für Masten und Gäfte 50 Pf. Karten für Masten im Vorverkauf sind zu haben beim Gangesbruder Paul Meissner, Mühlentst. 5 — Rasenöffnung 7 Uhr. —  
**der Vorstand.**

**Voranzeige!**

**Der Mastenball**  
des Geselligen Maurer- und Zimmerer-Vereins findet Sonnabend, den 11. Februar im Saale des Goldenen Ring statt. Gäfte herzlich willkommen!  
**Der Vorstand.**

Schweizer mit und ohne Rinde  
Zilfiter 3/4b. 1,00 M.  
Dabr. Bier-Emmentaler ohne Rinde  
Gamberts-Soldner  
Limburger harzer

**J. G. Fritzsche.**  
empfeht

**Zodenes Brennholz**  
in Ofenlängen  
fahrenweise frei Haus  
liefert billigst  
**Wih. Runze.**  
empfeht

**Frachttrefe**  
empfeht die Buchdrucker

**Käse**

**Mittwoch früh**  
**frischen Kabeljau**  
**und Goldbarsch,**  
ferner frisch  
**grüne Heringe**  
2 Pfund 35 Pf.  
**Theobald Schunke.**

**Brief-Ordner**  
Schnellhefter  
in Quart. u. Folio-Format  
empfeht  
**S. Steinbeiß.**

**Wohnung**

zu vermieten. Beschligung abends von 7 Uhr ab.  
Gärtnerstr. 8.

**Freie Büdlinge**

empfeht  
**Arthur Sönnemann**  
Markt 19.

**f. Sent- und Pfeffer-Gurken**

empfeht  
**J. G. Fritzsche.**

**M. G. V. Mitbew. 8 Uhr Gefangene.**

Vollständig erscheinen.

**M. C. V. von 1881.**

Die Turnstunden der einzelnen Abteilungen finden wie folgt statt:  
Schülerinnen Mittwoch 6-8 Uhr,  
Turnerinnen Mittwoch 8-10 Uhr,  
Schüler Freitag 6-8 Uhr,  
Turner 8-10 Uhr.  
**Der Vorstand.**

**R. F. B.**

Kameraden u. Parteigenoff. Dienstag, d. 31. Jan., abends 8 Uhr  
**Versammlung**  
im Lokal „Neue Welt“.  
Es ist Pflicht eines jeden Kameraden u. Parteigenoffen zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

Dem lieben Geburts-Tagstage ein dreimal  
**Donnerdes Hoch,**  
das die ganze Vorkühle wackelt und das Geburtagstage  
Freude bringt!

Dem lieben Geburts-Tagstage ein dreimal  
**Donnerdes Hoch,**  
das die ganze Vorkühle wackelt und das Geburtagstage  
Freude bringt!

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Briefkästen, Zentralfeld 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Monat nicht mehr als 500 Mark, für den 2. Monat 700 Mark, für den 3. Monat 900 Mark, für den 4. Monat 1100 Mark, für den 5. Monat 1300 Mark, für den 6. Monat 1500 Mark, für den 7. Monat 1700 Mark, für den 8. Monat 1900 Mark, für den 9. Monat 2100 Mark, für den 10. Monat 2300 Mark, für den 11. Monat 2500 Mark, für den 12. Monat 2700 Mark.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes. 11.

Nr. 13.

Dienstag, den 31. Januar 1928.

31. Jahrg.

## Das Zentrum.

Zweifellos hat sich die innenpolitische Situation in einer Weise angefügt, die sich am 31. Januar 1928, wie einer plötzlichen Reichstagsauflösung, rechnen muß. Der Kampf um das Reichsgesetz, bei dem sich ein sehr starker Gegensatz der Ansichten hinsichtlich der Simultanfrage geltend machte, wird ja viellecht in den kommenden Wochen durch weitere Verhandlungen insofern beendet werden können, als sich ein Weg finden wird, der die so weit auseinandergehenden Anschauungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei doch auf einer mittleren Basis einigt. Aber wesentlich ist es, daß sich bereits bei mehreren Wenden in der Zentrums-Partei ein wachsender Widerstand geltend macht gegen die Regierungskoalition mit rechts. Arbeitervertreter dieser Partei, vor allem die Reichstagsabgeordneten Zinnowitz und Dr. Siegel, haben sich in scharfer Form gegen die allgemeine Politik geäußert, die von der Zentrums-Partei seit Jahresfrist verfolgt wird, und es erregt großes Aufsehen, daß der Vorsitzende der Reichstags-Fraktion des Zentrums, der Abgeordnete von Güterad, bei der Entscheidungsfindung sich scharf gegen rechts wandte, andererseits aber bei linken gegenüber überaus milde Töne fand. Es kam damals dazu, daß der Reichstags-Abgeordnete Dr. Marx, der ja auch Vorsitzender der Zentrums-Partei ist, sich ziemlich heftig darüber äußerte, er werde mit Anträgen überfallen, die aus dem Munde eigener Fraktionskollegen kommen. Seine persönlichen Auseinandersetzungen mit Dr. Siegel, sind in einer Form beigelegt worden, die allen möglichen Kommentaren Raum läßt; man konnte daraus schließen, daß mehr Gewicht darauf gelegt wurde, nur äußerlich die Dinge aus der Welt zu schaffen, als zu einer wirklichen Einigung zu kommen.

Die gleichen Kommentare werden sich an die Sitzung des Reichsparteitagesschlusses des Zentrums anknüpfen, die in Berlin tagungsfähig hat und die von der Mehrheit beherrscht war, jene inneren Zustände zur Sprache zu bringen und darüber, wenn möglich, zu einer Art Einigung zu kommen. Es wird behauptet, daß in dieser Sitzung der nach links strebende Gewerkschaftsflügel einen Sieg errungen habe. Dr. Marx hat eine Darstellung seiner politischen Linie gegeben, die dahin abzielt, nachzuweisen, daß die Bestimmungen der linksgerichteten Elemente des Zentrums grundlos seien, das jetzt an der Regierung befindliche Kabinett habe vielmehr eine ganze Reihe sozialpolitischer Errungenschaften durchgeführt. Es wird allerdings bestritten, daß Dr. Marx mit dieser Rechtfertigung seiner Politik Erfolg gehabt habe. Es gärt im reichsweitverbreiteten Parteiviertel im Frühjahr sieht man dort vielfach vor besorgten Wirtschaftskämpfern und dabei gehen die dringlichen Gewerkschaften zusammen mit den Sozialdemokraten. Gerade dort ist ein wesentlicher Teil der Zentrumsanhängerische und die Partei muß nicht nehmen auf die dort sehr stark verbreitete Ablehnung gegen die Koalition mit der Rechten. Dabei ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Zustimmungen, die zurzeit in der Frage des Schulgesetzes zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei bestehen, doch noch zum Anlaß benutzt werden, die Koalition zu strengen. Damit wäre die Reichstagsauflösung gegeben und der Wahlkampf. Nicht, daß dies heute oder morgen geschehen wird, weil nach Übereinstimmung aller Parteien zum mindesten der Reichstagsauflösung noch erledigt werden soll; aber die Proben werden doch wohl sehr bald fallen, die von einer Reichstagsauflösung im Mai oder im Juni zu sprechen. Gerade weil das Zentrum Mittelpunkt und Hauptträger der jetzigen Regierungskoalition ist, greifen die Auseinandersetzungen in der Partei über den Rahmen der eigenen Partei hinaus und werden von weitestlicher Bedeutung für das Schicksal der jetzigen Regierung sein.

## Deutscher Reichstag.

(370. Sitzung.)

OB. Berlin, 28. Januar.

Präsident Lübe kam bei Eröffnung der Sitzung auf die Vorgänge zurück, die sich am Schluß der vorhergehenden Sitzung ereignet hatten. Der Präsident stellte fest, daß die Rede des Abg. Fried große Verheerungen gegen die parlamentarische Ordnung enthalten habe, die den Vizepräsidenten Graf zu weiteren Maßnahmen veranlassen hätte, wenn ihr genauer Wortlaut zu verlesen gewesen wäre. (Lachen links.) Graf hätte sofort mitgeteilt, daß er nach Einschreibung in das Stenogramm das weitere veranlassen werde. Im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten Graf, so fuhr Präsident Lübe fort, werde hiermit der Abg. Dr. Fried wegen der Beschimpfungen, die er gegen die getreuen Minister Erzberger und Rathenau nach dem ersten Ordnungsruf noch fortgesetzt habe, und für die Missführungen am Schluß seiner Rede, die den heutigen Staat und die Republik Deutschland in großem

bedrohenden Ausmaß bedrohten, zur Ordnung gerufen. Die weiteren Maßnahmen, die zweifelslos einem Ordnungsruf gefolgt wären, wenn eine sofortige Rüge möglich gewesen wäre, können heute nicht mehr angeordnet werden.

Präsident Lübe rief weiter den Abg. Tobiasch (Komm.) zur Ordnung wegen der Drohungen, die er gegen den Vizepräsidenten Graf ausgesprochen habe. Es sei im Reichstage immer möglich gewesen, gegen eventuelle Redefreihe Einspruch zu erheben. Der Präsident stellte fest, daß die kommunistischen Abgeordneten Berg und Florin gegen ihren Ausschluß Einspruch erhoben hätten.

Das Haus schloß dann die zweite Beratung des Haushalts des Justizministeriums fort.

Abg. Scholem (Eintr.) nannte den Vizepräsidenten Graf einen der dümmsten und brutalsten Präsidenten, die der Reichstag je gehabt habe. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Abg. Scholem legte seine Angriffe gegen den Vizepräsidenten Graf fort und erhielt im Verlauf seiner Ausführungen mehrere ordnungswidrige.

Abg. Erdmann (Zent.) äußerte Befremden und Mißfallen darüber, daß die Gemeinderäte des Abg. Dr. Fried nicht sofort entschieden zurückgemeldet worden seien. Der Redner richtete an den Reichstagsminister die Frage, was er zu tun gedenke, damit der durch den Staatsgerichtshof festgestellte Einspruch Preussens auf den Reichstagsverwaltungsratssitz alsbald berücksichtigt werde.

Abg. Wiedenfeld (Zent.) wandte sich gegen die Schändungen, die dem Handwerker und dem Gerber durch die Gefängnisarbeit zugefügt werden.

Reichstagsminister Berg erklärte, daß er für die Frage des Verhältnisses der Reichsbank zum Reichstag die Verantwortung zur Wahrung der Reichsinteressen läge im Reichstag. Die Aufwandsrechnung des Reichsgerichtshofs habe zwar noch nicht die erforderliche Klarheit in ihren Bestimmungen gefunden. Es bestünde aber noch kein Anlaß zu gesetzlichen Einschreiten. Die Frage der Gefangenenernährung werde Reichsregierung und Reichstag noch beschäftigen. Reinschriften würden die Interessen des Handwerks geschädigt werden.

Nach weiterer längerer Debatte schloß die Aussprache.

Die Abstimmungen finden am Montag statt. Der Ausschuß der Reichstagsverwaltung wurde ohne Aussprache angenommen. Beim Ausschluß der Reichstagsverwaltung erklärte Abg. Simon-Schwaben (Zent.), die Zahlung der Subventionen und die Abschaffung der Reichstagsverwaltung sei die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung. Die Reichstagsverwaltung sei eine scharfe Kontrolle über die Reichstagsverwaltung auszuüben. Der Redner forderte, daß besonders in der letzten Frage eine scharfe Haltung herbeigeführt werde. Auch dieser Etat wurde dann erledigt.

Das Haus vertagte sich auf Montag.

## Handelsverträge und Rheinlanddräumung

Strefemann-Rede im Reichstag.

Berlin, 30. Januar.

Zweimal erhob Dr. Strefemann seine Stimme, als heute vor dem Reichstag über die deutsche Außenpolitik im Jahr 1927 berichtet wurde. In der ersten Rede sprach er sich zum erstenmal bei der Erläuterung der schwedischen Handelsvertragsverhandlungen, wo er sich gegen eine Entschleunigung des baltischen Handelsbandes wandte, in der es hieß: Landwirte würden den Verlust eines Vertrages mit Polen nicht dulden. So könne man nicht verlangen, wenn Verhinderung von guten Handelsbeziehungen zu Polen liegt im allgemeinen Interesse Deutschlands. Die andere Gelegenheit bot dem Minister die Forderung der englischen Rheinlanddräumung, bei der er die entscheidenden Worte gegen das französische Jögern in dieser Beziehung die dabei reichlich verwendete Bezeichnung mit angeblichen Zweifeln beantwortete. Mit ihm nun ein Teil des Bundes der Polenfrage befaßt, so ging eine sich anbahnende Wiederholung der Zustimmung durch alle Reihen von rechts nach links bei dem Vorfalle die Richtung der deutschen Gebiete. Minister, der anfangs etwas bläselig, wahrnehmbar in der eben überhandenen Krankheit, ans Rednerpult trat, war, verließ es mit kräftiger Farbe der Generale beim Schluß nach dem Ausschluß von jedem Gebiete. Seine Vorkühlerlichkeit verdammen Friedenwillen des Reiches betont hatte. Im Folge Reichstages, der Außenminister der Sozialdemokratie, der mangelnde Bemängelungen in Einzelheiten vortrug, sich aber im großen und ganzen mit der Forderung der auswärtigen Politik einverstanden erklärte. Sie soll in der Richtung bleiben, die eingeschlagen sei. Dafür müssen die Annahmen zum Jahre 1927 in den Jahren folgen. Nach dem Sozialdemokraten kam der Deutschnationaler Freiher von Freytag-Loringhoven zu Wort, der zwar schärfere Töne der Kritik anschlug, aber sich mit den Worten seines Vorredners in bezug auf die Befragung einverstanden erklärte. Und dann die lange Reihe der vorgeordneten Diskussionsredner, die wohl noch einen oder zwei Tage brauchen wird, um ans Ende zu gelangen.

## Sitzungsbericht.

(371. Sitzung.)

OB. Berlin, 30. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Sitzung des Haushaltsausschusses für das auswärtige Amt. (371. Sitzung.) Bericht über die Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses. Dieser hat dem Etat mit unwesentlichen Änderungen zugestimmt vorberichtlich der Nachprüfung der Befolgung und der persönlichen Ausgaben beim Ergänzungsetat für 1928. Er beantragt weiter bei den einmaligen Ausgaben die Einstellung von 80 000 Mark für die Deutsche Liga für den Völkerverbund. In einer Entschließung schlägt er vor, die Vereinigten Presseabteilungen von dem Reichspartamissariat durchprüfen zu lassen.

## Reichsaussenminister Dr. Strefemann

behandelte sodann die aktuellen außenpolitischen Fragen. Die Hauptfrage lag gegenwärtig die Denkschrift, die die Reichsregierung dem zurzeit in Prag tagenden Sicherheitskomitee des Völkerverbundes vorgelegt hat. Auf Grund der im September vom Völkerverbund gefassten Entschlüsse müsse man erwarten, daß es auf der Märztagung der Völkerverbundkommission gelinze, die technischen Vorbereitungen zum Abschluß zu bringen, um damit die

Einberufung der ersten Völkerverbundkonferenz zu ermöglichen. Deutschland habe in Genf seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zu erkennen gegeben. Die Denkschrift der Reichsregierung erörtere den Beweis, daß es ihr mit dieser Zustimmung erst im Januar möglich sei, sich dem Völkerverbund anzuschließen. Das sei ein Beweis dafür, daß die deutsche Außenpolitik in der Lage sei, sich dem Völkerverbund anzuschließen. Die Denkschrift der Reichsregierung erörtere den Beweis, daß es ihr mit dieser Zustimmung erst im Januar möglich sei, sich dem Völkerverbund anzuschließen. Das sei ein Beweis dafür, daß die deutsche Außenpolitik in der Lage sei, sich dem Völkerverbund anzuschließen.

reine Garantie für die Beilegung des Krieges könne nur dadurch geschaffen werden, daß für alle Differenzen ein Verfahren wirklichen Ausdehns gefunden werde. Um das möglich sei es, die Sicherheit einzelner Staatsgruppen auf Kosten anderer Staatsgruppen zu begründen. Weiter berichtet der Minister

die deutsch-litauischen Beziehungen und hebt hervor, daß die Beziehungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten Bedenken aus einer weitgehenden Übereinstimmung ergeben hätten. Auch in der Reichstagsrede wurde Einverständnis erzielt. Bezüglich der

Beziehungen zwischen Deutschland und Polen

hat die deutsche Außenpolitik in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

Dr. Strefemann, er hat die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind in der letzten Zeit einen Fortschritt gemacht.

